Freie Demokraten

Fraktion Rheinberg FDP

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinberg, Kirchplatz 10, 47495 Rheinberg

An
Bürgermeister
Dietmar Heyde

die Vorsitzenden der Fraktionen CDU, SPD, B90/Grüne, Die Partei, AfD sowie Frau Durben, Herren Overmeyer und Wittmann zur Kenntnis

FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Rheinberg

Vorsitzender
Timo Schmitz

Stellv. Vorsitzender
Ralf Vogel

Anschrift:
Stadt Rheinberg
FDP-Fraktion
Kirchplatz 10
47495 Rheinberg

timo.schmitz@fdp-rheinberg.de
kontakt@fdp-rheinberg.de

www.fdp-rheinberg.de

18.02.2024

Antrag 001/2024: Bezahlkarte für Geflüchtete

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheinberg bittet um Aufnahme in die Tagesordnung und um Beratung des folgenden Antrags in den kommenden Haupt-, Finanz- und Personalausschuss:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nach Vorgabe durch unseren Ministerpräsidenten Herrn Hendrik Wüst und unserer NRW-Landesregierung sollen sich die Städte und Kommunen selbstständig um die Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge kümmern. Das Land NRW lehnt aktuell als einziges Bundesland Deutschlands eine flächendeckende Einführung von Bezahlkarten durch das Land ab. Vor diesem Hintergrund stellt die FDP-Fraktion folgende Fragen an die Verwaltung:

- Wie positioniert sich die Stadt Rheinberg in dieser Angelegenheit?
- Gibt es konkrete Maßnahmen seitens der Verwaltung zur Einführung von Bezahlkarten?
- Wie schätzt die Verwaltung die mittel- und langfristigen Auswirkungen bei Einführung einer Bezahlkarte ein?
- Wie schätz die Verwaltung die entstehenden Kosten ein?

Wir bitten um Beantwortung der Fragen im Zuge der Verwaltungsvorlage zum kommenden HFPA und beantragen darüber hinaus zu prüfen, die Thematik zur Einführung von Bezahlkarten im Verbund der „Wir-4-Städte“ zu erörtern und ggf. eine gemeinsame Einführung als Wir-4-Kommunen zu forcieren.

Freie Demokraten

Fraktion Rheinberg FDP

Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass es im Interesse unserer Stadt sein muss, die Bezahlkarte auf den Weg zu bringen, um Missbrauch von Flüchtlingshilfen zu unterbinden. Auf der anderen Seite sind wir der Meinung, dass für die entstehenden Kosten zwingend nicht die Stadt aufkommen sollte (sondern das Land) und Kostenreduzierungen durch eine gemeinsame Einführung innerhalb der Wir-4-Kommunen zu erzielen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Timo Schmitz

Fraktionsvorsitzender